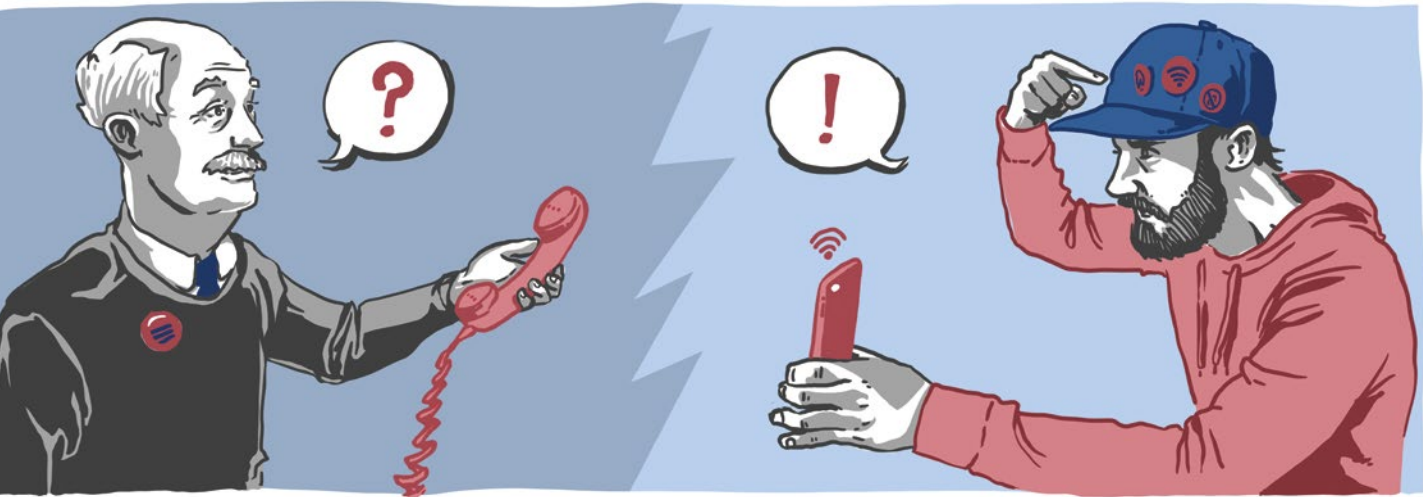


#partypeople – Junges Engagement in politischen Parteien

Entwicklungsmöglichkeiten und alternative Formen der Mitbestimmung



Ein Workshop-Bericht

Julian Zuber

Ein Projekt von Studierenden der Hertie School of Governance in Zusammenarbeit mit Polis180.

Inhaltsverzeichnis

3	... Einleitung
4	... Deutsche Parteien gehen fast am Stock: Die Unterrepräsentation junger Menschen
6	... Das Potenzial: Auf drei Wegen zu mehr parteipolitischem Engagement
7	... Is' mir egal: Die Wahrnehmung von Parteien
9	... Erstkontakt: Vom Interesse zum Engagement
11	... Strukturen für junges Parteiengagement mit Zukunft: Mobilität – Digitalisierung – Partizipation
13	... Ausblick
15	... Dank
16	... Quellenverzeichnis

Dieser Text ist hervorgegangen aus einem gemeinsamen Projekt von Studierenden der Hertie School of Governance in Zusammenarbeit mit dem Grassroots-Thinktank Polis180.

Studierende der Hertie School of Governance: Wir sind eine Gruppe von Studierenden und Doktoranden der Hertie School of Governance in Berlin. Neben Forschung und Studium engagieren wir uns in Politik und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Als junge, politisch interessierte Menschen wollen wir mit dieser Initiative einen Impuls setzen für die bessere politische Vertretung unserer Generation inner- und außerhalb von Parteien.

Polis180: Der Grassroots-Thinktank Polis180 übersetzt wissenschaftliche Erkenntnisse für politische EntscheidungsträgerInnen. Ideen, Analysen und Lösungsansätze unserer Generation bringen wir durch innovative, partizipative und inklusive Ansätze in den politischen Diskurs ein. In thematischen Programmen und mit neuen und kreativen Formaten entwickeln wir Alternativen für eine konstruktive Außen- und Europapolitik. Anlässlich der Bundestagswahl 2017 setzt sich Polis180 zudem für die Stärkung politischen Engagements junger Menschen ein.

Zum Autor: Diesen Workshop-Bericht verfasst hat Julian Zuber. Er promoviert an der Hertie School of Governance und ist derzeit Junior Visiting Scholar am Nuffield College der Universität Oxford. Julian Zuber hat Philosophy & Economics in Bayreuth und Economic and Social History in Oxford studiert. Er ist Mitgründer von Polis180 und Mitglied des Präsidiums. Vor der Promotion war er in Unternehmensberatungen mit einem Schwerpunkt auf dem öffentlichen Sektor tätig.

Einleitung

Die letzten Monate haben weltweit gezeigt: Demokratie schafft ihre Grundlagen nicht von selbst. In Deutschland wird das abnehmende Engagement in politischen Parteien oft als eine mögliche Ursache für erstarkenden Populismus und die brüchigen Verbindungen zwischen Politik und Gesellschaft ins Spiel gebracht. Neben den Parteien prägen inzwischen viele andere Akteure die politische Debatte und Parteiengagement wird oft erschreckend unattraktiv.

Das Durchschnittsalter von Parteimitgliedern in Deutschland beträgt 60 Jahre, nur 8% sind unter 30. Dennoch erscheinen gerade hinsichtlich der Rekrutierungsfunktion alternative Modelle zu Parteien überschaubar. Parteien übernehmen zudem im demokratischen Prozess zahlreiche Funktionen und tragen so zu einer lebendigen Demokratie und einer starken Zivilgesellschaft bei.

Aus diesem Grund stellen wir uns als Studierende der Hertie School of Governance zwei Fragen:

1. Sind Ausmaß und Entwicklung parteipolitischen Engagements junger Bürger unkritisch?
2. Brauchen wir in Deutschland Reformen innerhalb von Parteien sowie alternative Formen der Mitbestimmung?

Im Rahmen eines Workshops am 10. März 2017 brachten wir Parteivertreter, junge Wissenschaftler, Aktivisten und uns selbst an einen Tisch, um diese zwei Fragen zielorientiert zu diskutieren.

Hierbei waren uns vier Dinge wichtig: Erstens sollte über die Zielgruppe nicht nur gesprochen werden, sondern wir waren Teil des Gesprächs. Zweitens kamen junge Perspektiven, praktische Probleme der Parteien sowie wissenschaftliche Vorschläge an einem Tisch zusammen. Drittens starteten wir nicht im luftleeren Raum, sondern bezogen uns auf aktuelle Daten und Fakten, Studien und Erfahrungsbeispiele. Viertens war es unser Ziel, einen überparteilichen Dialog vor der Bundestagswahl und darüber hinaus anzuregen, um Veränderungsbedarf klar und zielführend auszusprechen.

Nach der Diskussion zu Trends und Ist-Situation parteipolitischen Engagements junger Menschen in Deutschland entwickelten wir im zweiten Teil des Workshops konkrete Handlungsvorschläge. Wir identifizierten drei für die Fragestellung relevante Zielgruppen von jungen Menschen, benannten bestehende Probleme, und entwickelten darauf aufbauend praxisnahe Empfehlungen, die wir in Gruppenarbeiten konkretisierten.

Umfassender Handlungs- und Gesprächsbedarf bestehen über dieses Projekt hinaus. Wir wollen mit diesem Bericht erste Impulse für die Erhöhung politischen Engagements junger Menschen inner- und außerhalb von Parteien setzen und einen Beitrag zur weiteren Diskussion dieses aus unserer Sicht sehr wichtigen Themas leisten.

Deutsche Parteien gehen fast am Stock: Die Unterrepräsentation junger Menschen

Nach einem Höchststand Mitte der 70er Jahre geht die Anzahl an Parteimitgliedern zurück.¹ Seit etwa 1990 wird bei den Mitgliederzahlen aller im Bundestag vertretenen Parteien in Deutschland der stärkste Mitgliederschwund verzeichnet. Waren 1990 noch 3,7% der Deutschen parteipolitisch aktiv, sind es heute nur noch 1,8%. Das Durchschnittsalter der verbleibenden Parteimitglieder beträgt 60 Jahre. Nur 8% der Mitglieder sind jünger als 30 Jahre.

Der Mitgliederanteil der unter 30-Jährigen der im Bundestag vertretenen Parteien ist seit 1970 bis zum Jahr 2000 deutlich gesunken. Auffallend sind zudem die Unterschiede zwischen den Parteien. Den höchsten jungen Mitgliederanteil von 13,5% weist Bündnis 90/Die Grünen, den geringsten mit 5,3% die CSU auf.² Die Partei DIE LINKE verzeichnete den stärksten Zuwachs des Mitgliederanteils junger Menschen, beispielsweise bei den 25- bis 30-Jährigen von 2,5% in 2008 auf 4,4% im Jahr 2015. Auch bei der FDP stieg der Mitgliederanteil der unter 30-Jährigen in den 90er Jahren, und zwar von 7,8% auf 11,4%. (Niedermayer 2016)

Der Anteil der unter 30-Jährigen Parteimitglieder ist bei DER LINKEN, SPD, CDU, CSU viermal so gering wie ihr jeweiliger Anteil in der beitragsberechtigten Bevölkerung. Der Parteienquotient, also das Verhältnis zwischen dem Anteil einer Gruppe in der Bevölkerung im Vergleich zu ihrem Anteil in Parteien, liegt somit bei 0,25. Bei Grünen (0,8) und FDP (0,54) sind junge Menschen zwar anteilig besser vertreten, aber immer noch deutlich unterrepräsentiert. Diese Unterrepräsentation war in den letzten Jahren recht stabil, und es zeigt sich zumindest im verfügbaren Datenzeitraum bis 2014 keine Veränderung dieser Situation (Grafik 1).

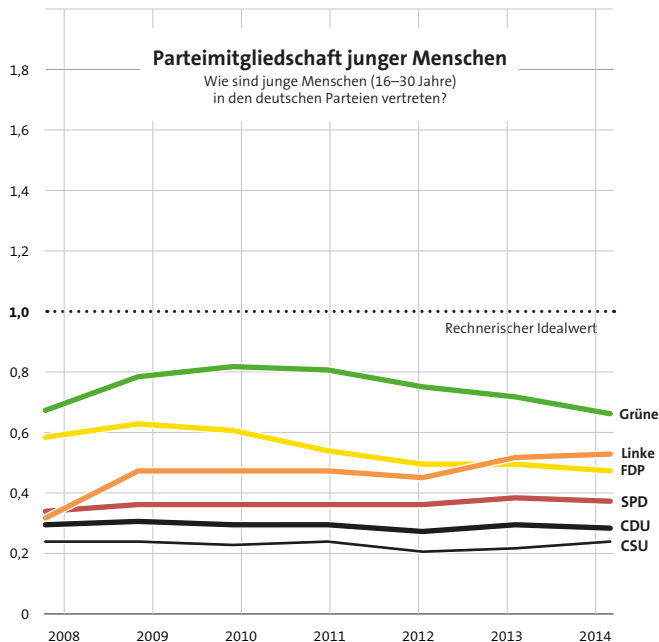
Besonders auffallend ist auch die unterdurchschnittliche Repräsentation junger Menschen bei der Altersgruppe der 16- bis 20- sowie der 21- bis 25-Jährigen, wie am Beispiel der Grünen in Grafik 2 aufgezeigt. Hier verdeckt die recht gute Repräsentation der 25- bis 30-Jährigen (Quotient über 1) die deutlich schlechtere Repräsentation der unter 25-Jährigen. Die Unterrepräsentation der ganz jungen Menschen deckt sich mit deren deutlich niedriger ausgeprägten Parteiidentifikation im Vergleich zu anderen Altersgruppen.³

Erwähnenswert ist auch die bisherige Unterrepräsentation von Frauen in Parteien. Da mittlerweile mehr junge Frauen als junge Männer in Parteien eintre-

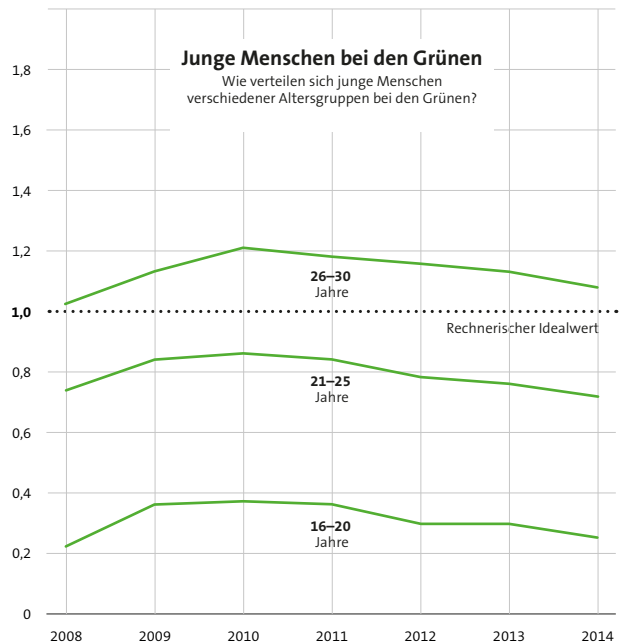
1 Abgesehen von der Zunahme von Parteimitgliedern in den neuen Bundesländern nach der Wende.

2 Strukturelle Unterschiede der Jugendorganisationen politischer Parteien tragen auch zu den verschiedenen Repräsentationsniveaus bei. Zum einen beträgt das Höchstalter beispielsweise bei der Grünen Jugend 28 Jahre und damit sieben Jahre weniger als bei der Jungen Union. Zum anderen sind junge Parteimitglieder nicht immer automatisch Mitglied in der jeweiligen Jugendorganisation. So sind Mitglieder der CDU und CSU, die jünger als 35 Jahre alt sind, nicht automatisch Mitglied der Jungen Union, während junge SPD-Mitglieder automatisch Jusos sind.

3 German Longitudinal Election Study (GLES) 2009 und 2013.



Grafik 1 Parteiquotient junger Menschen in Parteien. 1 = Anteil der Gruppe ist so groß wie in der Bevölkerung, Eigene Berechnung, Quelle: Niedermayer 2016, Tabelle 21.



Grafik 2 Parteiquotient junger Menschen bei Bündnis 90/Die Grünen nach Altersgruppen (16–20, 21–25, 26–30), Quelle: Niedermayer 2016, Tabelle 21.

ten, könnte eine Erhöhung der Eintrittsquote bei jungen Menschen auch zur Stärkung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Parteien beitragen.

Zudem besteht die beschriebene Situation verstärkt in ländlichen Gegenden in den neuen Bundesländern. Hier ist keine Trendwende zu verzeichnen. Beachtenswert ist auch, dass das Bildungsniveau bei jungen Menschen eine größere Rolle für die Wahlbeteiligung und das politische Interesse spielt als bei Älteren: Je höher der Schulabschluss, desto wahrscheinlicher ist es, dass junge Menschen zur Wahl gehen. Auch wenn die Datenlage zu Parteimitgliedschaften begrenzt ist, lassen dieser Trend sowie weitere Studien vermuten, dass das Bildungsniveau junger Menschen auch bei Parteimitgliedschaft und -engagement eine zunehmende Rolle spielt.

Junge Parteimitglieder engagieren sich innerhalb der deutschen Parteienlandschaft besonders stark (Klein und Spier 2012: 57), aktive Beteiligung (smöglichkeiten) sind ihnen sehr wichtig. Somit ist zu vermuten, dass mehr Parteimitgliedschaften junger Menschen auch zu verstärktem Engagement in Parteien führen würden.

ZUSAMMENFASSUNG

- **Junge Menschen sind in Parteien stark unterrepräsentiert. Es zeichnet sich keine klare Trendwende dieser Situation ab.**
- **Die Jüngeren unter den jungen Menschen (16- bis 25-jährige) sind deutlich schlechter in Parteien vertreten als die 25- bis 30-jährigen.**
- **Da mehr junge Frauen als junge Männer in Parteien eintreten, könnten mehr Eintritte der jungen Generation auch einen Beitrag zur besseren Gleichstellung von Frauen und Männern in Parteien leisten.**
- **Bei jungen Menschen ist Parteimitgliedschaft stark an Parteiengagement geknüpft.**

Das Potenzial: Auf drei Wegen zu mehr parteipolitischem Engagement

Die größte potenzielle Veränderungswirkung vermuten wir in drei unterschiedlichen, aber zusammenhängenden Bereichen (Tabelle 1): dem Image von Parteien, in den ersten Berührungspunkten parteipolitisch Interessierter mit Parteien sowie in für junge Menschen unpassenden Parteistrukturen.

Im ersten Fall geht es um ein Wahrnehmungsproblem, im zweiten um verbesserungsfähige Abläufe und im dritten Bereich um das Aufbrechen überholter und starrer Parteistrukturen. Im ersten Fall besteht die betroffene Zielgruppe aus politisch interessierten Menschen, die aber nicht den Wunsch haben, sich parteipolitisch zu engagieren.⁴ Der zweite Bereich betrifft junge Nicht-Mitglieder, die aber Interesse an Parteiengagement besitzen. Im dritten Fall handelt es sich um junge Parteimitglieder, deren Bedürfnisse und Vorstellungen von parteipolitischem Engagement noch nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Zielgruppe	Problembeschreibung	Lösungsansatz	Handlungsvorschläge
Politische Interessierte ohne den Wunsch, sich in Parteien zu engagieren	Wahrnehmung: Das schlechte Image von Parteien	Diskussionsreihe zu Ursachen, überparteiliche Kampagne zu Parteiengagement	Youtube-Kampagne zu parteipolitischem Engagement Join-O-Mat
Junge Menschen mit Interesse an Parteiengagement	Prozesse: Fehlender Impuls, sich mit Parteien genauer auseinanderzusetzen Verbesserungsfähiger Erstkontakt-Prozess	Aktives Erstkontakt-Management: Vom Parteiinteresse zur aktiven Mitgliedschaft: Prozessempfehlungen für Neumitglieder	Peer Group App auf Facebook für parteipolitisch Interessierte Join-O-Mat Überparteiliche Onboarding-Task-Force
Junge Parteimitglieder	Strukturen: Bedürfnisse und Möglichkeiten parteipolitischen Engagements klaffen auseinander	Reform von Parteistrukturen im Hinblick auf Mobilität, Digitalisierung und Partizipation	Digitale Angebote der aktiven, innerparteilichen Partizipation Zeitlich befristete Bundesmitgliedschaft und Novellierung des Parteigesetzes

Tabelle 1 Drei Handlungsbereiche

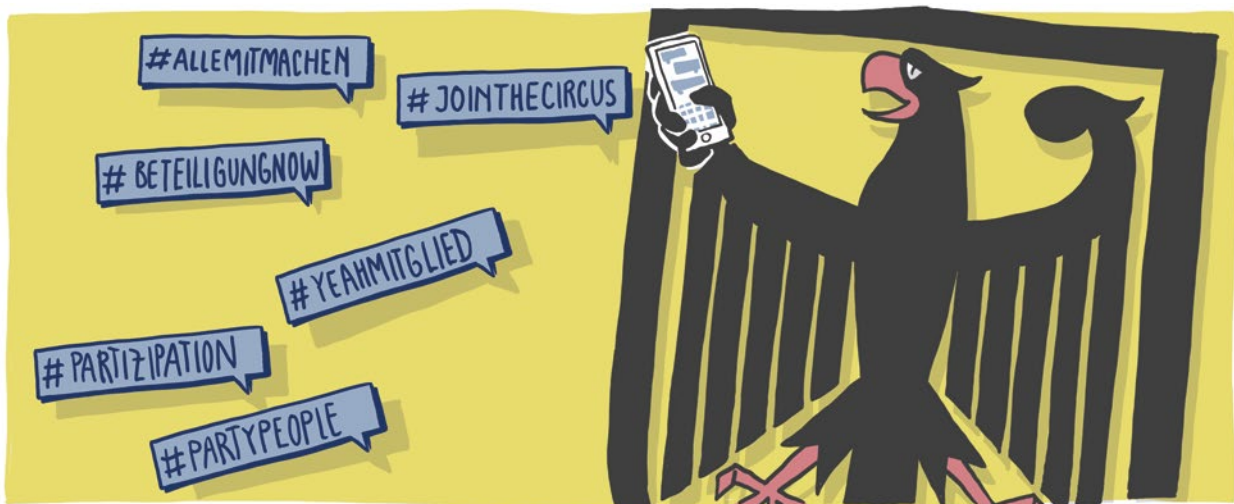
4 Das Interesse an parteipolitischem Engagement wurde mit Hilfe der Frage nach Parteinähe geschätzt, welche als notwendiges Kriterium für einen Engagementwunsch gilt.

Is' mir egal: Die Wahrnehmung von Parteien

Junge Menschen sind politisch überdurchschnittlich engagiert, weisen aber ein auffallend niedriges Interesse an politischen Parteien auf. Seit 2002 ist der Anteil der unter 25-Jährigen, die politisches Interesse bekunden, laut der Shell-Studie 2015 sogar von 30% auf zuletzt 41% gestiegen. Zwar steigt auch die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren, allerdings profitieren die etablierten Parteien kaum von dieser Entwicklung. Den Organisationen bringen die Jüngeren wenig Vertrauen entgegen.⁵

Das zunehmende Auseinanderdriften von allgemeinem politischem Interesse und parteipolitischer Identifikation ist komplex. Neben der durch Digitalisierung reduzierten Informations- und Kommunikationskosten können Einzelpersonen im Gegensatz zu früher auch außerhalb von Parteistrukturen gewichtigen Einfluss in politischen Diskursen ausüben. Auch für Parteien ist es durch günstigere Umfragetechnologie teilweise weniger wichtig, über Mitglieder repräsentative Meinungsbilder zu erhalten.

Junge Menschen weisen zudem nicht nur geringes Vertrauen in Parteien, sondern insgesamt in politische Institutionen auf. „Parlamenten und Regierungen werden als lebensweltlich entrückt, öde und folgenlos empfunden, die für situationsbezogene, individuelle Bewegungen und Bedürfnisse sowie für die tagtägliche soziale und politische Partizipation keinen oder nur wenig Raum lassen.“ (Ferchhoff 2007: 39) Im Gegensatz dazu ist das Vertrauen in Nichtregierungsorganisationen höher. Zudem bevorzugen Jugendliche vor allem niedrigschwellige projektartige politische Handlungen (bpb 2012).



Auffallend ist das besonders schlechte Image von Parteien, das junge Menschen von einer Mitgliedschaft oder Engagement zurückschrecken lässt. Natürlich gibt es viel zu verbessern, aber die Wahrnehmung von Parteien ist deutlich schlechter als ihre gelebte Praxis. Parteien werden oft als „gut geschmierte

⁵ Klaus Hurrelmann in der Süddeutschen Zeitung vom 26. November 2016.

Apparate“ wahrgenommen, die sich von Jungen kaum beeinflussen lassen.⁶ Viele junge Menschen denken bei Parteien auch oft an unehrliche, intransparente Altherrenvereine, in denen Veränderung nicht möglich ist. Oft assoziieren junge Menschen mit Parteien auch eine verklausulierte Ausdrucksweise mit vielen Worthülsen oder denken an das Bild eines geschlossenen Clubs, dem man auf Lebenszeit angehört. Diese Wahrnehmungen verschulden nicht nur Parteien selbst, sondern sie hängen auch damit zusammen, dass Medien oft nur dann über Parteien berichten, wenn es um Machtkämpfe oder Probleme geht. So entsteht ein verzerrtes Bild von Parteiarbeit. Gerade wegen der zentralen Rolle politischer Parteien für eine gelebte und funktionsfähige Demokratie sowie eine starke Zivilgesellschaft ist dies problematisch.

Wir glauben, es ist Zeit für eine positive, aber natürlich ehrliche Imagekampagne, die Schwächen und Alleinstellungsmerkmale von Parteien und die vielfältigen Engagementmöglichkeiten inklusive kurzfristigem, projektbezogenem Engagement aufzeigt. Es wird immer viele Dinge geben, die uns an Parteien nerven und gerade daher ist es eine mutige – keine antiintellektuelle – Entscheidung, sich zu positionieren. Wir wollen uns für eine Parteimitgliedschaft nicht rechtfertigen müssen, sondern selbstbewusst mit der einmal getroffenen Entscheidung umgehen, auch wenn Parteien nicht mehr so identitätsstiftend sind wie in der Vergangenheit. Ein Parteibeitritt ist weder ein Tinder-Date noch ein Bund fürs Leben. Er kann immer wieder nerven, man muss auch Frust ertragen, aber er ist nicht auf Lebenszeit begründet. Allerdings erscheint gerade vielen jungen Menschen ein Parteieintritt als eheähnlicher Schritt, da er historisch meist eine Lebensentscheidung darstellte. Diese Sorge, sich zu irren sowie die Stigmatisierung von Parteiwechslern tragen auch zu der großen Vorsicht bei Parteieintritten bei. Und natürlich kann politisches Engagement auch anstrengend sein. Viele parteipolitisch aktive Menschen bezeichnen gerade den Umgang mit Hindernissen und Widerständen im Rahmen ihres Parteiengagements als eine wichtige Grundlage für die damit verbundenen Erfolgserlebnisse. Parteiengagement kann nerven und genau daher auch Spaß machen. Die sicher herausfordernden Begegnungen mit Menschen aus allen Gesellschaftsgruppen können zu einem weiteren Horizont und wertvollen Erfahrungen führen. Diese verschiedenen Aspekte und die aus unserer Sicht oft entweder abwertende oder überhöhende Haltung gegenüber Parteiengagement sollte in einer Kampagne in den sozialen Medien adressiert werden. Als Inspirationsquelle kann zum Beispiel die erfolgreiche Charmeoﬀensive der Berliner Verkehrsbetriebe #weilwirdichlieben dienen, die auf unterhaltsame Weise die eigenen Schwächen adressiert, damit ungefiltertes, intensives Feedback hervorruft und gekonnt in einen Dialog mit ihren Kunden eintritt.

ZUSAMMENFASSUNG

- **Das politische Interesse von jungen Menschen ist hoch und in den letzten Jahren sogar gestiegen. Zugleich ist parteipolitisches Interesse bei jungen Menschen auffallend niedrig.**
- **Parteipolitisches Engagement wird von jungen Menschen oft abgewertet oder aber überhöht. Zudem ist das Image von Parteien schlechter**

⁶ Jung, politisch – aber wenig Lust auf Parteien. Süddeutsche Zeitung vom 26. November 2016.

*“Ich möchte meine eigene Bubble verlassen und auch da hingehen, wo es weh tut.”
— „Wie wäre es mit einem Engagement in Parteien?“ — „Nee, lass mal, das ist mir zu nervig.“*

*Workshopteilnehmer zitiert
ein Gespräch mit einer
politisch aktiven Person*

als die gelebte Praxis. Beides trägt zur Unterrepräsentation parteipolitischen Engagements der jungen Generation bei.

- Eine überparteiliche Kampagne in den Sozialen Medien könnte die verzerrte Wahrnehmung adressieren und eine Debatte anstoßen, was sich junge Menschen von Parteien erwarten.

Erstkontakt: Vom Interesse zum Engagement

Parteien haben in der jüngeren Vergangenheit viel versucht, um die Hemmschwelle für Parteibeiträge abzusenken. Neue Maßnahmen wie Schnuppermitgliedschaften wurden jedoch nicht wie erhofft angenommen. Auch die Erhöhung von Partizipationsmöglichkeiten von Nicht-Mitgliedern wird von Parteimitgliedern oft kritisch gesehen. Dennoch sind die Möglichkeiten, Organisationsgrenzen durchlässiger zu machen, nicht ausgeschöpft.

Beim Erstkontakt zwischen potenziellem Parteimitglied und Partei kann in drei Phasen etwas schiefgehen: Entweder der Interessierte findet gar nicht den Weg zum zielführenden Erstkontakt, die erste Kontaktaufnahme verläuft nicht wie erwünscht oder die ersten Schritte zur oder während der Mitgliedschaft entsprechen nicht den Erwartungen.

Im ersten Fall bestehen aus unserer Sicht zu wenige Anreize, damit Parteiinteresse auch zu einer Mitgliedschaft führt. Hier könnte ein Join-O-Mat, angelehnt an den Wahl-O-Mat, einen wichtigen Beitrag leisten. Beim Join-O-Mat sollen (partei)politisch interessierte Menschen Fragen beantworten, um Übereinstimmungswerte mit bestehenden Parteien zu ermitteln. Am Ende der Umfrage wird den dem Teilnehmer die Auswertung angezeigt sowie beispielsweise Links zu den entsprechenden Beitrittsseiten der in Frage kommenden Partei(en).

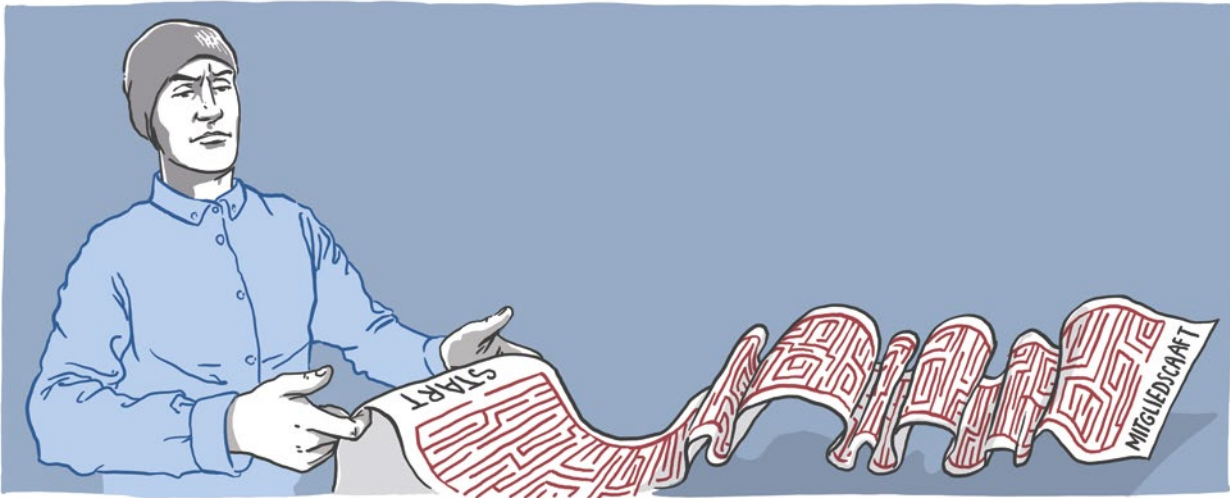
Eine weitere konkrete Idee ist eine Facebook Peer Group App, die bei entsprechender Affinität, beispielsweise auf Basis der Ergebnisse des Join-O-Mats, Freunde und Bekannte vorschlägt, die bei der jeweiligen Partei engagiert sind. So könnten sich parteipolitisch Interessierte zunächst an Gleichgesinnte wenden, um Informationen aus erster Hand über Parteien zu erhalten. Da gerade bei Jugendlichen das soziale Umfeld und der Bekanntenkreis eine besonders große Rolle spielen, könnte eine individuelle Ansprache durch Gleichaltrige einen großen Unterschied machen. Die per App vorgeschlagenen Personen sollten in ihrer Rolle als Ansprechpartner von der jeweiligen Partei mit Informationen unterstützt werden.

Auffallend ist zudem, dass die Anzahl der bundesweiten „Onlinebeiträge“ zunimmt. Faktisch existiert ein solcher Beitritt allerdings nicht, da immer erst Bezirks- oder Kreisverbände über Aufnahmeanträge entscheiden. Junge Menschen sind jedoch viel stärker daran gewöhnt, unmittelbar nach dem Ausfüllen eines Onlineformulars in einer Organisation aktiv werden zu können. Sie

“ Wenn ich am Montag in eine Partei eintrete, bin ich nicht am Freitag schon Mitglied. Das müssen wir besser kommunizieren. ”

Ein Parteivertreter

wollen nicht erst mehrere Wochen warten, bis über ihre „Bewerbung“ entschieden wird. Aus diesem Grund stößt der parteispezifische Beitrittsprozess oft auf Unverständnis. Es bedarf einer besseren Kommunikation über den Parteiantrag, beispielsweise in Form eines Erklärvideos. Ein zweiter Ansatz besteht in einer automatischen Aufnahme, wenn der Aufnahmeprozess einen bestimmten Zeitraum von vier bis sechs Wochen überschreitet.



Auch die parteirechtliche Verankerung einer Probezeit für Mitglieder, die im Gegenzug zu einer verkürzten Aufnahmezeit führt, könnte sinnvoll sein. Bestimmte Einschränkungen etwa in Bezug auf aktives und passives Wahlrecht für parteiinterne Angelegenheiten müssten dabei nach wie vor gelten, um der Möglichkeit einer Unterwanderung von Parteien durch Massenbeitritte vorzubeugen. Gerade da die Ablehnungsraten bei Parteianträgen sehr gering sind, ist es wichtig, Handlungsoptionen in Erwägung zu ziehen, die den Beitrittsprozess für die Gesamtheit der Interessenten erleichtern, ohne Parteien in ihrer Handlungsfähigkeit einzuschränken.

Bei schon beigetretenen Personen klaffen die Erwartung an Engagement-Möglichkeiten und Realität oft auseinander. Ein von altgedienten Parteimitgliedern dominierter Ortsverein kann äußerst abschreckend wirken.⁷ Zudem fehlen weitere Berührungspunkte vor Ort. Auffallend ist hierbei die schlechte Datenlage zu Motivationen und Vorstellungen der Neumitglieder zur eigenen Mitgliedschaft. Viele Schritte in die richtige Richtung, wie Neumitgliedertreffen, Mentorenprogramme oder spezielles Neumitgliederinformationsmaterial wurden schon unternommen, allerdings besteht immer noch viel Verbesserungspotenzial. Beispielsweise sollten Mentorenprogramme immer von beiden Seiten aus betrieben werden und gemeinsame Interessen oder Aktivitäten bei der gegenseitigen Auswahl eine Rolle spielen. Zudem könnten gezieltere Umfragen zu den Vorstellungen vom eigenen Engagement auch im Hinblick auf Umfang, Art oder bevorzugten Kontaktweg besser genutzt werden. Eine Herausforderung besteht aus unserer Sicht auch in der dezentralen Struktur der Datenverwaltung sowie in der fehlenden Bereitschaft der Mitglieder, sich mit konkreten Verbesserungsvorschlägen einzubringen. Die Ansprache von Neumitgliedern erfolgt in der Regel durch den

“Ich habe noch nicht den Jugendlichen kennengelernt. Wenn ein Jugendlicher kommt, sollte man ihm nicht gleich den Posten des Jugendpolitischen Sprechers anbieten.”

Ein Parteivertreter

7 Jung, politisch – aber wenig Lust auf Parteien. Süddeutsche Zeitung vom 26. November 2016

zuständigen Kreisverband und ist daher je nach Region sehr unterschiedlich. Ein flächendeckend einzuführendes Feedbackgespräch zur Zufriedenheit mit der eigenen Mitgliedschaft nach einer Dauer von vier bis sechs Monaten könnte dabei helfen, den Wünschen der neuen Mitglieder besser zu entsprechen. Bereitschaft und Engagement sind zu Beginn einer Mitgliedschaft oft am höchsten. Dieses Potenzial gilt es zu nutzen.

ZUSAMMENFASSUNG

- **Es bestehen nach wie vor zu wenige Anreize, damit Menschen mit Parteinähe einer Partei auch beitreten.**
- **Ein Join-O-Mat, angelehnt an den Wahl-O-Mat, sowie eine Facebook Peer Group App sind konkrete Ansätze, um diese Anreize zu erhöhen.**
- **Eine bessere Kommunikation des parteispezifischen Aufnahmeprozesses in Form eines Erklärvideos schafft Verständnis für den Prozess. Auch die Einführung einer Probezeit bei gleichzeitiger Entschlackung des Aufnahmeprozesses gestaltet den Parteibetritt für junge Menschen attraktiver.**
- **Es wurde viel unternommen, um die ersten Schritte einer Parteimitgliedschaft zu erleichtern. Dennoch verspricht eine bessere Motivationsabfrage von Neumitgliedern sowie eine Strukturierung der ersten sechs Monate einer Mitgliedschaft höhere Zufriedenheit und mehr langfristiges Engagement.**

Strukturen für junges Parteiengagement mit Zukunft: Mobilität – Digitalisierung – Partizipation

Junge Menschen haben Ansprüche an parteipolitisches Engagement, die sich in mindestens drei Bereichen von denen älterer Parteimitglieder unterscheiden: Sie wünschen sich mehr ortsungebundene Angebote, eine stärkere Einbindung digitaler Möglichkeiten und die Gelegenheit zu mehr aktiver und selbstwirksamer Partizipation.

Junge Menschen, die seit Geburt am selben Wohnort leben, sind mit Abstand am häufigsten freiwillig engagiert. Das Engagement bei länger Sesshaften hat sogar zugenommen (Picot 2011). Gleichzeitig nimmt Mobilität bei jüngeren Menschen über alle Milieus hinweg zu, Parteiengagement fordert jedoch meist Ortsbindung. Daher müssen Parteien dieses Spannungsfeld adressieren. Neben der Einführung von ortsunabhängigen Fachforen können sich auch jetzt schon in einigen Parteien Mitglieder dezentral einbringen.

Ortsunabhängige Partizipation ist vor allem für junge Menschen entscheidend, die zeitweise im Ausland sind. Viele parteipolitisch aktive Studenten beenden ihr Engagement mit einem Auslandssemester oder -studium und verlieren damit viel zu oft den Anschluss. Eine Gegenmaßnahme, die manche Parteien schon umgesetzt haben, besteht in der Schaffung von Ortsverbänden im Ausland. Digitale Angebote könnten vor allem auch für parteipolitisch Aktive in ländlichen Regionen eine noch wichtigere Rolle spielen,

wo eine Sitzung nicht mal eben so erreichbar ist. Allerdings lassen Parteisatzungen eine Abstimmung bei physischer Abwesenheit bislang nicht zu.

Ein weiterer möglicher Ansatz ist die zeitlich begrenzte Bundesmitgliedschaft. Sie könnte in einer Lebensphase niedriger Ortsgebundenheit, befristet beispielsweise auf fünf Jahre, gewählt werden. Damit träte ein junger Mensch der Bundespartei und nicht (nur) dem Kreisverband bei. Wir verstehen, wie wichtig es ist, dass Parteien weiterhin eine starke lokale Verankerung aufweisen. Da das Prinzip der Ortsbindung aber oft Personen von einer Mitgliedschaft oder Engagement abschreckt, die nur für einen bestimmten Zeitraum mobil sind, ist eine Lockerung des Ortsprinzips für einen begrenzten Zeitraum diskussionswürdig. Hierfür müsste das Parteiengesetz reformiert werden.

Die Mobilität junger Menschen führt auch zu einem kürzeren Planungshorizont, deshalb sind projektbasierte Angebote mit klarer Zeitbegrenzung so wichtig.

Mobilität findet auch über Grenzen hinweg statt und der Anteil an parteipolitisch interessierten Menschen, die keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, steigt an. Daher kann es für Parteien zunehmend interessant werden, diese Bevölkerungsgruppe stärker einzubinden.



Obwohl durch Digitalisierung der Nutzen einer Parteimitgliedschaft gesunken ist, schafft sie auch neue Möglichkeiten der Partizipation und Teilhabe. Durch immer günstigere Umfragetools können viel leichter Meinungen der Parteimitglieder eingeholt oder Kommunikationskanäle zwischen Ortsverbänden kostengünstig und ohne Spezialwissen aufgebaut werden. Eine Facebook-Stunde mit Abgeordneten, die Wahl von Spitzenkandidatinnen und -kandidaten, die Einflussnahme auf Programmschwerpunkte oder ein Antragsrecht für Mitglieder unabhängig von Ortsverbänden stellen nur ein paar von vielen Anwendungsbeispielen dar. Auch die vereinfachte Übertragung von Sitzungen mit teils interaktiven Formaten wie beispielsweise „Facebook Live“ verspricht neue Teilnahmemöglichkeiten innerhalb von Parteien. Solche digitalen Formen der Partizipation entsprechen eher den Erwartungen und Anforderungen junger Menschen an ziel-

“ Wenn ich was von dem Wunsch nach projektbasierter Arbeit erzähle, schauen mich die anderen an und fragen: ‚Friedhof putze, meinscht’ das damit?‘ ”

Ein junges Parteimitglied

“ Als im Januar 2017 Martin Schulz Kanzlerkandidat geworden ist, dachte ich mir noch am Nachmittag, jetzt tret’ ich ein.“ – „... also in die CDU?“ ”

Zwei Teilnehmer bei der Vorstellungsrunde

orientiertes, selbstwirksames Engagement. Digitale Angebote sollten allerdings nie als Selbstzweck eingeführt werden und funktional sowie inhaltlich begründet sein.

Parteien könnten ihre Mitglieder zudem viel stärker als Experten für verschiedene berufliche oder methodische Wissensbereiche begreifen und das Wissen ihrer Mitglieder proaktiv für Parteiengagement nutzbar machen.

ZUSAMMENFASSUNG

- **Junge Menschen werden über alle Milieus hinweg mobiler. Damit sich verstärktes politisches Interesse auch in Parteiengagement umsetzen lässt, braucht es mehr ortsunabhängige und digitale Angebote.**
- **Die Digitalisierung reduziert und erhöht gleichzeitig den Nutzen einer Parteimitgliedschaft. Parteien müssen digitale Möglichkeiten „smart“ einsetzen, sie sind keinesfalls Selbstzweck.**
- **Junge Menschen haben einen kürzeren Planungshorizont und wünschen sich selbstwirksames Engagement. Parteien müssen darauf mit projektbasierten Beteiligungsmöglichkeiten reagieren.**
- **Eine zeitlich begrenzte Bundesmitgliedschaft für Mitglieder mit vorübergehend niedriger Ortsgebundenheit sollte ernsthaft geprüft werden.**

Ausblick

Wir haben Lust auf politisches Engagement und aktives Gestalten in der Gesellschaft. Wir empfinden uns als politische und politisierte Generation, die zum Teil andere Vorstellungen von Engagement hat, die weder besser noch schlechter als die anderer Generationen sind. Manchmal spricht aus dem Wunsch nach zielorientierterem und selbstwirksamem Parteiengagement bequemer Konsumismus, bei dem wir uns selbst den Spiegel vorhalten müssen. Haben wir je wirklich für etwas gekämpft? Sollte es bei politischem Engagement primär um unserer eigene Zufriedenheit gehen? Vielleicht ist dieser oft so kritisch beäugte Aspekt aber gerade unsere Stärke. Wir sind weniger verbohrt als ältere Generationen, kooperieren erfolgreicher in Teams, kommunizieren besser miteinander und engagieren uns in unserer Freizeit manchmal fast unverschämt professionell.

In diesem Workshop-Bericht geht es sehr viel um Verbesserungsmöglichkeiten von Parteien und unseren Umgang damit. Vielleicht wird dadurch den großen Linien zu wenig Beachtung geschenkt. Wie entwickelt sich politische Mitbestimmung in Zukunft? Wie verschieben sich die klassischen Konfliktlinien? Gibt es so etwas wie *Post-Politics*? Das alles sind wichtige Fragen, die wir auch weiter und immer wieder leidenschaftlich diskutieren wollen. Dennoch war für uns eine Erkenntnis besonders wichtig: Solange wir keine klare Alternative zu Parteien haben, sollten wir uns bewusst werden, wie wichtig von der Zivilgesellschaft getragene und in ihr verankerte Parteien für gelebte – und damit nachhaltige – Demokratie in Deutschland sind.

In unserem Workshop ging es um junge, politisch interessierte Menschen, obwohl viele Jüngere sich nicht oder nur sehr wenig für Politik interessieren. Auch wenn manche unserer Vorschläge für alle jungen Menschen ansprechend sein dürften, reicht das sicher nicht aus. Junge Menschen müssen so früh wie möglich lernen, was Demokratie bedeutet, was sie wert ist und dass es sie nicht „frei Haus“ gibt. Parteiengagement sollte dabei als einer von vielen Wegen, sich für Demokratie einzusetzen, thematisiert werden. Wir glauben, dass dieser eigentlich selbstverständliche gesellschaftliche Auftrag mit neuem Leben erfüllt werden muss.

In diesem Zusammenhang sehen wir unsere Vorschläge als selbstbewusste Impulse für Reformen im deutschen Parteiensystem. Auch die Forderung nach digitalen Angeboten sehen wir nicht als Substitut, sondern als Ergänzung zur physischen Präsenz in klassischen Parteistrukturen. Gerade die „analoge“ Komponente von Parteien ist aus unserer Sicht sehr wichtig, um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu leben. Dennoch sind wir überzeugt, dass das Potenzial digitaler Angebote gerade mit Blick auf die zusätzlichen Möglichkeiten der Mitbestimmung und Kommunikation nicht einmal ansatzweise ausgeschöpft ist.

Neben und auf Basis dieser ersten Ergebnisse wollen wir uns für zeitgemäße Mitwirkungsmöglichkeiten inner- und außerhalb von Parteien einsetzen, damit unsere Generation die starke Stimme in der Politik erhält, die sie verdient.

Dank

Der vorliegende Kurzbericht basiert vornehmlich auf den Diskussionen des internen Workshops mit Studierenden sowie Parteivertretern, der am 10. März an der Hertie School of Governance stattfand, um Ideen und Ansätze für die Erhöhung parteipolitischen Engagements junger Menschen zu entwickeln. Allen Teilnehmenden danke ich ganz herzlich für ihre aktive Mitarbeit und ihre ausgeprägte Debattierfreude. Der Hertie School of Governance danke ich dafür, dieses Projekt und diesen Bericht ermöglicht zu haben.

Die inhaltliche Ausgestaltung des Berichts drückt nicht in jedem Fall die Meinung der einzelnen Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Workshops sowie der im Anhang aufgeführten Personen und Projektträger aus.

Dank an

die Teilnehmenden des Workshops:

YANNIK BENDEL (Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag, ehemalig Transparency International EU)
ALEXANDER BUSOLD (PhD Candidate)
JAN JAKUB CHROMIEC (PhD Candidate)
MARC-NIKLAS FÖRSTER (Referent für Parteientwicklung beim SPD-Parteivorstand)
DOMINIC GOHLA (MPP Candidate, Mitglied bei Polis180)
DR. JOHANNES HEMKER (ehemaliges Mitglied des Wahlkampfteams von Hillary Clinton)
JANEC KOHLSCHÜTTER (MPP Candidate)
ARNDT LEININGER (Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Mainz)
FRANK NIEBUHR (Koordinator Mitgliederservice und Parteireform der CDU Deutschlands)
DENIS PIWOWARCYK (MPP Candidate)
DINAH SCHMECHEL (MPP Candidate)
ADRIAN SONDER (Student Executive MPA, Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten)
MARIE WACHINGER (Project Manager des Partei-Reform-Projektes, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hertie School of Governance)
VERA WEIDMANN (MIA Candidate)

die Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle von Polis180,

KASSANDRA BECKER und ANA-MARIJA CVITIC,

die Ideengeber des Titels #partypeople, JAN JAKUB CHROMIEC,

HANNS KÖNIG, und MAIKE SIEBEN

sowie an: REGINA FRIESER, SINAIDA HACKMACK (Mitglied bei DEMO – Jugendbewegung für Demokratie, Dialog und eine offene Gesellschaft), REGINE KREITZ (Head of Communications, Hertie School of Governance), MAREIKE NIEBERDING (Gründerin von DEMO) und FELICITAS WEILEDER.

JULIAN ZUBER

Berlin, April 2017

Quellenverzeichnis

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (BPB) (2012): Politikinteresse: Abkehr von Parteien und Traditionen, online abgerufen am 27. März 2017 unter: <http://www.bpb.de/lernen/grafstat/grafstat-bundestagswahl-2013/145251/mj-01-07-politikinteresse-abkehr-von-parteien-und-traditionen>.

FERCHHOFF, WILFRIED (2007): Jugend und Jugendkulturen im 21. Jahrhundert. Lebensformen und Lebensstile, Wiesbaden.

KLEIN, MARKUS UND TIM SPIER (2012): Parteimitglieder in Deutschland. Empirische Befunde der Potsdamer Parteimitgliederstudie 1998 und der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009, in: Baus, Ralf (Hrsg.), Parteiensystem im Wandel. Perspektiven, Strategien und Potentiale der Volksparteien, Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung 2012, 45–59, online abgerufen am 2. April 2017 unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_33829-544-1-30.pdf?131106170945.

NIEDERMAYER, OSKAR (2016): Parteimitglieder in Deutschland: Version 2016, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 26, Berlin, online abgerufen am 30. März 2017 unter: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbeitshefte/P-PM16-NEU.pdf>.

PICOT, SYBILLE (2011): Jugend in der Zivilgesellschaft Freiwilliges Engagement Jugendlicher von 1999 bis 2009, im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (Hrsg.).

RATTINGER, HANS; ROSSTEUTSCHER, SIGRID; SCHMITT-BECK, RÜDIGER; WESSELS, BERNHARD; KÜHNEL, STEFFEN; NIEDERMAYER, OSKAR; WESTLE, BETTINA; RUDI, TATJANA; BLUMENSTIEL, JAN ERIC (2016): Long-term Panel 2005 – 2009 – 2013 (GLES). GESIS Datenarchiv, Köln.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (2016): Jung, politisch – aber wenig Lust auf Parteien, 25. November 2016, Sebastian Jannasch, online abgerufen am 29. März 2017 unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-in-deutschland-jung-politisch-aber-wenig-lust-auf-parteien-1.3265593#redirectedFromLandingpage>.

Impressum

Herausgeber:
Hertie School of Governance,
Friedrichstraße 180, 10117 Berlin
www.hertie-school.org

Empfohlene Zitierweise: Zuber, Julian, #partypeople – Junges Engagement in politischen Parteien, hg. v. Hertie School of Governance, Berlin 2017.

Design: Plural, Berlin (Severin Wucher)
Illustrationen: bitteschön.tv

Pressekontakt:
Hertie School Communications
Tel. +49 (0)30 25 92 19-112
pressoffice@hertie-school.org

